



**MARTIN SELLNER: "LASST EUCH NICHT SPALTEN!"**

# Verfassungsschutz stuft Identitäre als „rechtsextremistisch“ ein

IB-PRESSEMITTEILUNG | Heute verkündete der Verfassungsschutz die Hochstufung der Identitären Bewegung Deutschland vom Verdachtsfall zum tatsächlichen Beobachtungsobjekt. Dies ist mit einer klaren politischen Motivation verbunden, die sich im Zuge der um sich greifenden Anti-rechts-Hysterie nun in einer wachsenden Überwachung der Identitären Bewegung und ihrer Aktivisten niederschlagen soll.

Innenminister Horst Seehofer hatte bereits vor zwei Wochen ein schärferes Vorgehen gegen rechts angekündigt. Dabei wurden völlig willkürlich auch Verbindungslinien von der Identitären Bewegung und der AfD hin zu tatsächlichen rechtsterroristischen Gruppen wie „Combat18“ gezogen. Anlass war der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke in Kassel.

Seit jetzt knapp zwei Jahren ist ein juristisches Verfahren gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz anhängig, in dem die Identitäre Bewegung gegen ihre Beobachtung und die Verdachtsfalleinstufung klagt. Dieses Verfahren wird auch ungeachtet der neuen Verlautbarungen des Verfassungsschutzes

weitergeführt.

In dem Verfahren hat sich gezeigt, dass der Verfassungsschutz durch eine zunehmende Ideologisierung und Parteinahme geprägt ist. Seine Aufgabe sollte eigentlich darin bestehen, genau und möglichst neutral abzuwägen, wo die Meinungsfreiheit noch gilt und wo Extremismus anfängt.

Heute leben wir in einem vagen, von rechtsstaatlichen Vorgaben weitgehend abgelösten Raum, in dem von der Regierung begangene schwere Verfassungsbrüche ohne Konsequenzen bleiben, in dem der Bürger jedoch staatlichen Repressionen ausgesetzt sein kann, wenn er eine einwanderungskritische Haltung vertritt und selbstverständlich für den Erhalt der eigenen Identität eintritt.

Der Verfassungsschutz warnt also nicht vor einer realen Gefahr, sondern konstruiert sich ein extremistisches Gespenst und macht sich dabei zum willfährigen Handlanger des linken Establishments und der politisch Herrschenden. Als eine dem Innenministerium – und damit der Regierung – unterstellte Behörde wird hier die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes für politische Ziele offenkundig: Jede politische Opposition soll diskreditiert, ausgegrenzt, kriminalisiert und zersetzt werden. Die Identitäre Bewegung hat sich stets friedlich für den Schutz und die Bewahrung der eigenen ethnokulturellen Identität eingesetzt und hat bei ihren Aktionen das Prinzip der Gewaltlosigkeit nie verletzt.

Unsere Aktionen sind subversiv und sie provozieren bisweilen. Doch sie sind unter keinen Umständen verfassungsfeindlich oder extremistisch. Die neue Einstufung durch den Verfassungsschutz bewerten wir daher als eindeutig politisch motiviert und als rechtsstaatlich alarmierend.

Dieses Vorgehen verstößt eklatant gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und ist als ein Sabotageversuch gegen unsere Aktivisten zu werten. Wir lassen uns davon nicht

einschüchtern und werden weiterhin jede Repression gegen junge, friedliche Patrioten in die Öffentlichkeit tragen.

([Pressemitteilung](#) der Identitären Bewegung Deutschland vom 11. Juli 2019)

---



## **Kerkrade: Afrikaner schächtet Holländerin am helllichten Tag**

Von JEFF WINSTON | In der deutsch-niederländischen „EU-Modellgemeinde“ Herzogenrath-Kerkrade wurde am Mittwochmittag eine 42-jährige Frau auf offener Straße von einem brutalen „Keelsnijder“ erstochen. Die Polizei konnte den 52-jährigen Mörder nach einem Hinweis aus der Bevölkerung in Heerlen festnehmen, wie die niederländische Zeitung [„De Telegraaf“](#) berichtet. Dem Wortlaut nach sei die Frau durch einen Täter mit Annäherungsverbot „umgekommen“.

Die „Stichattacke gegen den Hals“ erfolgte um 13.15 Uhr auf der Erensteinerstraat in Kerkrade. Die Frau verstarb unverzüglich an ihren Verletzungen, Augenzeugen des Geschehens mussten seelsorgerisch betreut werden, wie so oft mittlerweile. Die niederländische Polizei leitete unmittelbar eine Fahndung nach dem Verdächtigen – einem „Mann“ – ein. Die Beamten setzten Hunde ein und informierten auch die deutschen

Kollegen, falls der Fluchtsuchende jenseits der sperrangelweit offenen Grenze auftauchen würde.

Gegen 16 Uhr konnte der Verdächtige schließlich nach einem Hinweis aus der Bevölkerung festgenommen werden. Der niederländische TV-Sender [Hart van Nederland](#) berichtete, dass es sich bei dem Täter [um einen 52-jährigen Mann](#) handle, dem lebensgefährlichen Lebensgefährten des 42-jährigen Opfers. Nach Angaben der „[NL Times](#)“ war die Frau bereits mehrmals wegen ihm zur Polizei gegangen und hatte ein Annäherungsverbot erwirkt, das allerdings nutzlos war. Die Online-Plattform [1Limburg](#) berichtet, dass auch der Täter wegen noch nicht geklärter Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden sei.

Die Polizei bestätigte zumindest die Altersangaben der Personen und teilte mit, dass beide Personen aus Kerkrade stammen und „Bekannte“ seien. Genauere Angaben zur Beziehung der beiden und zum Tatmotiv wollte die Polizei nicht machen, ebenfalls zur Herkunft des Täters.

„[Een zwarte man](#)“ – op de Erensteinerstraat een vrouw doodstak

Nach PI-NEWS-Recherchen war das geschächtete Opfer die im Viertel beliebte und fürsorgliche „Tante Reagen“ – ihr Mörder hat zudem „afrikanische Wurzeln“, wie auf vielen niederländischen [Portalen](#) und nun auch offiziell im „[Dagelijkse Standaard](#)“ ausgeführt wird:

*„Afrikaanse man snijdt op klaarlichte dag keel door van vrouw uit Kerkrade !“*

Zumindest ist die Hinteransicht des Täters „stark pigmentiert“, wie auf Zeugenfotos unschwer zu erkennen. Auch die holländische Mainstreampresse vertuscht, so gut es nur geht.

Der 45.000-Einwohner-Ort Kerkrade liegt an der niederländischen Staatsgrenze und bildet zusammen mit der

deutsche Stadt [Herzogenrath](#) „die Europäische Modellgemeinde Eurode“, was wohl eine geniale EU-Abkürzung für das „Erodierende Europa“ bedeuten soll. Zumindest fließen umfangreiche Steuer- und Fördergelder dorthin.

Herzogenrath gehört zur Städteregion Aachen – Kerkrade ist Teil des südlimburgischen Zweckverbandes „Parkstadt Limburg“, beide Städte liegen in der Euregio Maas-Rhein. Bemerkenswert ist dabei, dass dort die [Neustraße](#) bzw. Nieuwstraat, auf der einen Seite auf niederländischem und auf der anderen Seite auf deutschem Gebiet liegt. Die Verkehrsschilder sind niederländisch, weil diese seinerzeit günstiger waren als deutsche, dagegen die Buswartehäuschen auch auf niederländischer Seite deutsch, da eine Buslinie von der Aachener ASEAG betrieben wird.

Am Ende dieser Straße wurde das mitten auf der deutsch-niederländischen „Staatsgrenze“ liegende Eurode Business Center eröffnet, in dem auch eine „bilaterale Polizeidienststelle“ eingerichtet ist. Die bilaterale Polizei hat derzeit viel zu tun – der dort vorherrschende Begriff „Steekpartij“ ([vergleiche Youtube](#)) bedeutet „Messerstecherei“, und nicht eine fleischbeschauliche Steak-Party am heimischen deutsch-holländischen Weber-Grill ...



# Migration: Japan als Vorbild?

Die Turbulenzen um Björn Höcke, den „Flügel“ und die AfD machen leider vergessen, dass Höckes Rede beim diesjährigen Kyffhäusertreffen in Leinefelde ([PI-NEWS berichtete](#)) einen ausgesprochen spannenden Teil enthielt. Er redete über Zuwanderung. Und dann wählte er nicht die AfD-typischen Vorbilder Kanada oder Australien, sondern Japan. Japan? Ja!

Höcke verweist hierbei auf eine Studie des Instituts für Staatspolitik. Für das IfS hat der Volkswirtschaftler Dr. Jan Moldenhauer, AfD-Mitarbeiter aus Magdeburg, ein prägnantes Heft vorgelegt: „[Japans Politik der Null-Zuwanderung. Vorbild für Deutschland?](#)“

Für die Frage, ob Vorbild oder nicht, hilft es, sich den Fall erstmal anzuschauen. Das Beispiel der japanischen Gesellschaft, die bekanntlich sehr konservativ ist, wird nämlich zu oft vergessen. Japan beharrt dabei in der Tat – anders als Europa! – weiter auf seiner kulturellen Identität.

In vorliegender Studie, die nicht nur Höcke als grundlegend ansehen dürfte, wird zunächst die deutsche Debatte über Migrationspolitik thematisiert. In diesem Kontext werden real existierende liberale Einwanderungs- und linksliberale Zuzugsmodelle skizziert.

Anschließend erfolgt eine Beschreibung des konservativen japanischen Zuwanderungsmodells als Vorbild von Europas Nationen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der japanischen Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Entwicklungshilfepolitik, der Zuwanderungspolitik, der Familienpolitik, der Technisierungspolitik sowie der Identitäts- und Wirtschaftspolitik des ostasiatischen Inselstaates. Jede Menge Input, jede Menge klärende Übersichtsdarstellungen!

Zentral ist die abschließende Analyse: Es erfolgt eine

Beschreibung jener Elemente der japanischen Migrationspolitik und Politikfelder, die durch konservative und alternativ-freiheitliche politische Kräfte berücksichtigt werden könnten.

Wie man zu Höcke auch immer stehen mag: Diese Studie zu Japan ist in der Tat ein bahnbrechendes Dokument und damit eine perfekte Handreichung für Wahlkämpfe wie für Gespräche im Kollegenkreis. Australien? Bye, bye! Japan? Konnichiwa!

Bestellinformation:

» Institut für Staatspolitik: Japans Politik der Null-Zuwanderung. Vorbild für Deutschland – [hier bestellen](#)

---



## Zigeuner in Mülheim und 1749

Von KEWIL | Am Freitagabend ist eine junge, leicht behinderte Frau in Mülheim an der Ruhr vergewaltigt worden. Die mutmaßlichen Täter sind noch Kinder zwischen 12 und 14 Jahren. Dieses Verbrechen ließ sich nicht unter dem Deckel halten und machte die Runde in der ganzen Merkel-Republik.

Einmal schockte natürlich das Alter der Kinder, dann die absolute Hilflosigkeit der Behörden, die bei deren Familien gleich bei der Haustür abgewiesen wurden und nicht ein noch aus wussten, was sie mit den kleinen Sextätern anstellen sollten. In der gleichgeschalteten Presse war sogar – oh Wunder – die Nationalität der Kinder durchgedrungen: junge

Bulgaren.

Das ist aber so nicht korrekt, denn es handelt sich um junge Zigeuner, die sich mit ihren Großfamilien und Clans in Mülheim und im ganzen Ruhrgebiet zu Tausenden ausbreiten. Diesen Schritt konnte aber die Presse nicht gehen, schon „Zigeunerschnitzel“ ist ja für unsere Journaille ein absolutes No-Go.

Und so hat man es als Osteuropäer bei uns nicht leicht. Natürlich gibt es bei allen Nationen Verbrecher, aber viel zu oft schreibt unsere Lückenpresse von Ungarn, Rumänen, Serben oder Kroaten, und es handelt sich in Wahrheit bei den Übeltätern um Zigeuner. Aber die sind uns heilig und sitzen sogar im Rundfunkrat des Südwestrundfunks. Dabei bräuchte man nur einmal ein altes Lexikon aufschlagen:

*Jedoch heut zu Tage ist mehr als zu bekannt, daß diese Ziegeuner nichts anders seyn, denn ein zusammen gelauffenes böses Gesindel, so nicht Lust zu arbeiten hat, sondern von Müßiggang, Stehlen, Huren, Fressen, Sauffen, Spielen u.s.w. Profeßion machen will.*

Siehe Johann [Heinrich Zedler, Universal-Lexicon](#), 1749! Kommt einem irgendwie bekannt vor!





# Die neuen Architekten der „Vereinigten Staaten von Europa“

Von PAUL BELIEN (The Telegraph) | Die Berufung von Ursula von der Leyen, der deutschen Verteidigungsministerin, und von Charles Michel, dem belgischen Premierminister, an die Spitze in Brüssel stellt eine gute Nachricht für alle Befürworter eines Austritts Großbritanniens aus der EU dar. Denn von der Leyen und Michel hassen und verachten England. Mit demselben Nachdruck, mit dem Ann Widdecombe und Nigel Farage die EU bekämpfen, haben sie bereits mitgeteilt, sich vom Vereinigten Königreich so bald wie möglich verabschieden zu wollen.

Im Anschluss an das Brexit-Referendum klagte von der Leyen die Briten an, das Bestreben der Eurokraten, die [»Vereinigten Staaten von Europa«](#) aufzubauen, »gelähmt« und »beständig blockiert« zu haben. Und der belgische Premier Michel erklärte, dass der Brexit die Gelegenheit biete, die Befugnisse und die Macht der EU, »dem schönsten Traum des 21. Jahrhunderts«, zu erweitern.

Sowohl Ursula von der Leyen als auch Charles Michel stammen aus Familien von Eurokraten, die bestrebt sind, einen europäischen Superstaat zu schaffen. Beide wurden in Belgien geboren und sind dort aufgewachsen. Die 60-jährige Ursula von der Leyen, geborene Albrecht, ist die Tochter von Ernst Albrecht, der in den 50er- und 60er-Jahren Generaldirektor der Europäischen Kommission war, und anschließend Ministerpräsident in Niedersachsen wurde.

Als Verteidigungsministerin machte von der Leyen aus der Bundeswehr eine Zielscheibe des Spottes. Sie sorgte dafür, dass die deutsche Armee für eine Reihe nutzloser Projekte Geld verschleuderte, wozu der Einkauf neuer Sturmgewehre gehört,

die bei warmen Wetter nicht geradeaus schießen können.

Die Anekdote über den deutschen Soldaten, der aus Mangel an Waffen während einer NATO-Übung einen Besenstiel nahm und schwarz anstrich, ist kein Witz, sondern traurige Realität. Von der Leyen ist auch bekannt dafür, dass ihre Doktorarbeit eine Reihe von Plagiaten enthält, und dafür, dass sie sich gegen ihre eigene Partei gestellt hat, als sie das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare unterstützte.

Paradoxerweise wird die Ernennung der LGBTQ-Aktivistin von der Leyen von konservativen Regierungen Osteuropas, wie der Polens, unterstützt. Dies brachte den deutschen Journalisten Peter Grimm zu der Ansicht, dass »sie Länder beruhigt hat, die einst von der Wehrmacht besetzt wurden, indem sie die deutsche Armee weitgehend kampfunfähig gemacht hat.«



**PI - NEWS -  
Buchempfehlung!**

Charles Michels Erfolg ist das Ergebnis offener Vetternwirtschaft. Er ist der Sohn von Louis Michel, dem früheren belgischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten und einstigen Europäischen Kommissar, der als ein ausgesprochener Befürworter der Aufnahme des gesamten Mittelmeerraumes, einschließlich Nordafrikas und des Nahen Ostens in die EU auftrat.

Dank seines Vaters, des Chefs der Liberalen in Wallonien, Belgiens südlichster französisch-sprechender Region, wurde der junge Charles Michel im Alter von 18 Jahren zu einem Regierungsrat in dieser Provinz, zum Mitglied des belgischen Parlaments nach Universitätsabschluss im Alter von 23 Jahren, und mit 38 Jahren wurde er der jüngste belgische Premierminister, den es jemals gab.

Jetzt ist er 43 Jahre alt und hat niemals in seinem ganzen Leben einen normalen Beruf ausgeübt. Als europäischer Präsident wird er ein Nettogehalt von 23.000 Euro pro Monat erhalten, im Vergleich dazu wird Boris Johnson als britischer Premierminister 9.600 britische Pfund (ca. 8.600 Euro) erhalten.

»Wir brauchen so viel Bundesstaatlichkeit wie möglich und so wenig Autonomie wie möglich«, pflegte der belgische Sozialistenführer Henri De Man, der Mentor von Paul-Henri Spaak, einem der Gründungsväter der EU, zu sagen, »damit Belgien... zur Vorhut der europäischen Revolution werden kann; das ist das Prinzip, mit dem die neue europäische Ordnung steht und fällt.«

Mittlerweile erhielt Charles Michel von einem seiner Vorgänger in der EU, Herman Van Rompuy, einen offenen Brief, wie er in der EU vorgehen sollte. Van Rompuy sagte Michel, dass er dafür sorgen sollte, dass Polen und Ungarn bestraft werden, weil sie »europäische Werte verletzt haben«, und dass die EU sich auf einen Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten vorbereiten soll, weil »der [amerikanische] Präsident ein Mann ist, der bestrebt ist, Feinde zu haben. Das ist der Kern seiner Politik. Unser erstrangiges Motiv ist ›Einheitlichkeit‹, seines ist ›Teilung‹.«

Außerdem sollte Michel die EU auf den Balkan ausweiten und eine gemeinsame europäische Armee errichten. Van Rompuy schreibt: »Die Europäische Union kann niemals zu einer ›Weltmacht‹ werden, ohne eine starke militärische Dimension.« Ein

Superstaat zu sein, ist nicht genug, das Ziel ist, zu einem Imperium zu werden.

Und hier sind die guten Nachrichten für alle Brexit-Befürworter: Van Rompuy gibt ausdrücklich zu, dass eine EU-Armee so lange unmöglich ist, so lange »die britische Bremse« vom gemeinsamen europäischen Verteidigungsaufbau nicht entfernt wird. Daher kann die EU ohne den Brexit nicht zur »Weltmacht« werden. Herman Van Rompuy, Ursula von der Leyen, Charles Michel, Emmanuel Macron, sie alle haben dies erkannt.

Wenn es soweit ist, den Brexit zu feiern, kann England eine wohl verdiente Party feiern, aber es sollte nicht vergessen, vorsichtig zu sein und gut aufzupassen. Denn die Geschichte zeigt, dass jedes kontinentale Imperium jenseits des Ärmelkanals ein Feind Britanniens, der Demokratie und der Freiheit gewesen ist. Und mit dem im Entstehen begriffenen EU-Imperium wird es das Gleiche sein.

---

*(Auszüge eines Textes von Paul Belien im britischen [„Telegraph“](#). Belien ist politischer Berater in Brüssel und Gründer des Blogs [„Brussels Journal“](#))*

---



# **Eklat im NRW-Landtag: Altparteien erteilen Bergleuten Hausverbot**

So viel ist ein Versprechen der Altparteien wert! 200 Steinkohle-Arbeitern wurde gesagt, was jetzt im Zuge der Energiewende auch ganz NRW erzählt wird: Arbeitsplätze seien sicher und niemand würde im Stich gelassen werden. Es kam anders.

Die Arbeiter wurden auf die Straße gesetzt. Sie baten die Parteien um Hilfe, die sich immer als ihre Freunde ausgegeben haben, solange es lukrativ war. Niemand hat auch bloß geantwortet.

Als die Bergleute aber trotzdem plötzlich im Parlament sitzen, wollen CDU, FDP, Grüne und am wenigsten die SPD noch etwas von den Folgen der eigenen Politik wissen. Es kommt zum Eklat.

Die Hintergründe: Das Ende der Steinkohle war absehbar. Und darum ging es den Bergleuten auch nicht. Es ging ihnen um das jahrzehntelange Versprechen, dass man sie auffangen würde, wenn es eines Tages soweit ist.

Jetzt war es soweit – und Versprochenes entpuppt sich als Lüge von Anfang an. Die Perspektiven, die man ihnen angeboten hat, verdienen diesen Namen nicht. Da bekommen Menschen mit technischer Ausbildung Stellen als Pförtner angeboten – ein wichtiger Job, aber eben nicht gleichwertig, weder in Ausbildung noch Bezahlung. Aber da geht es erst los!

Eigentlich wurde den Bergarbeitern versprochen, dass sie mit 50 Jahren in Rente bzw. in ein Übergangsprogramm gehen können. Das ist im Bergbau üblich, denn die Arbeit unter Tage ist hart und geht fast zwangsläufig auf Kosten der Gesundheit. Viele der Kumpel sind krank oder haben mit Behinderungen zu kämpfen.

Heißt konkret: 17 Jahre mehr arbeiten, als es ihnen von der Politik versprochen wurde. Als die Bergleute um Hilfe oder zumindest um Gespräche mit den im Landtag NRW vertretenen Parteien bitten, kommt nicht einmal eine Antwort – außer von der AfD.

AfD-Abgeordnete haben die Arbeiter getroffen, ihnen zugehört und anschließend gemeinsam einen Antrag erarbeitet. Darin wird der Landtag gebeten, die NRW-Regierung aufzufordern, mit dem Arbeitgeber der Kumpel zu reden.

Die RAG ist ein milliardenschwerer Aktienkonzern mit allein mehr als fünfhundert Beteiligungen. Anstatt aber die Versprechen bei den eigenen Leuten einzulösen und sie weiter zu beschäftigen, hat man die Bergarbeiter nun durch externe Dienstleister ersetzt.

Als die Bergleute am Mittwoch, dem Tag der Einbringung ihres Antrags in der Plenarsitzung, im Landtag erscheinen, kommt es zum Eklat. Man ist es nicht gewohnt, dass die Betrogenen einen in der eigenen Wohlfühlzone besuchen und man an längst als Floskeln abgeheftete Versprechen erinnert wird.

Vielleicht war das der Grund, weshalb mehr Kumpel auf der Besuchertribüne saßen als CDU-Abgeordnete auf ihren hochbezahlten Sitzen? Die SPD schaute mit leeren und gleichgültigen Blicken rauf zu denen, als deren Vertreter sie sich so gerne aufspielen und die sie jahrzehntelang verraten haben.

Die ersten Reden der Altparteien – inhaltlich irgendwo zwischen süffisanter Arroganz und beschämender Gleichgültigkeit – werden von den Arbeitern mit „Buh“-Rufen quittiert. Sofort werden sie scharf ermahnt. Man droht ihnen mit Rauswurf. Trotzdem trauen sich viele der Bergleute und machen ihrem Ärger weiter Luft.

Als der Antrag schließlich von CDU, FDP, Grünen und SPD einstimmig abgelehnt wird, eskaliert die Situation. Die

Arbeiter stehen auf und verlassen unter „Verräter“-Rufen den Saal. Einer von ihnen schmettert denen, denen er vertraut hat, entgegen: „Was soll ich mit Arbeitslosengeld? Ich bin Arbeiter!“

Mit den Arbeitern verlassen AfD-Abgeordnete den Saal. In einer spontanen, flammenden Ansprache zeigen sich AfD-Fraktionsvorsitzender Markus Wagner und der energiepolitische Sprecher, Christian Loose (MdL), fassungslos über das beschämende Verhalten der Altparteien und das kurz darauf erteilte kollektive Hausverbot für die Bergleute.

Markus Wagner macht unmissverständlich klar: „Das wird nicht das letzte Mal gewesen sein, dass Ihr Schicksal Thema im Landtag war! Wir werden kämpfen, kämpfen, kämpfen!“



## **Gesundheit oder Gleichheit?**

Von DR. MARCUS FRANZ | Seit der US-amerikanische Genetiker und Harvard-Professor Richard Lewontin im Jahre 1972 eine Studie publizierte, in der er feststellte, dass der Unterschied zwischen den Menschen ein und derselben (damals noch so genannten) Rasse statistisch größer sein kann als der genetische Unterschied zwischen den Rassen an sich, geriet der Begriff „Rasse“ ins schiefe Licht. Die „Rasse“ galt bald als wissenschaftlich obsolet und man vertrat ab dann in der Scientific Community überwiegend die Auffassung, dass es keine

wesentlichen bzw. keine wirksamen oder beachtenswerten genetischen Unterschiede zwischen den großen Menschengruppen gäbe.

Biologen und Genetiker, die etwas auf sich hielten, vermieden fortan den Begriff „Rasse“ und ersetzten ihn, wenn man schon von den für jedermann erkenntlichen Unterschieden der verschiedenen Bevölkerungen dieser Welt reden musste (wie etwa die Hautfarbe), durch unverfängliche Worte wie „Ethnie“ oder „Population“.

### **Der Einfluss auf die Gesellschaft**

Die De facto-Abschaffung des biologischen Begriffes „Rasse“ machte natürlich auch vor Gesellschaft und Politik nicht halt. Sämtliche Gleichheits-Ideologen hatten infolge der genetischen Studien Lewontins und seiner vielen, dieselbe Meinung vertretenden Kollegen nun Daten in der Hand, die sie all jenen vor die Nase halten konnten, die der Ansicht waren, dass vererbliche Merkmale grundsätzlich für die Entwicklung von unterschiedlichen Menschentypen und -eigenschaften zumindest mitverantwortlich sein könnten.

### **Eine neue Orthodoxie**

Mit den damals neuen biomathematisch-genetischen Erkenntnissen war auch eine neue Orthodoxie entstanden. Der Kampf gegen den Rassismus schien gewonnen, denn man wollte nach dem gigantischen Unheil, das rassistische Theorien über unsere Welt gebracht haben, zu Recht auch die Wissenschaft als Verbündete im Kampf gegen nicht bewiesene Rassentheorien aller Art gewinnen. Nach Lewontins Arbeiten und diversen Folgestudien gab es 1995 auch eine UNESCO-Erklärung, in der die Rassentheorie grundsätzlich und einhellig von namhaften Wissenschaftlern als überholt und als wissenschaftlich nicht mehr haltbar bezeichnet wurde.

Jede Orthodoxie hat aber auch Nachteile: Es war infolge dieser sowohl weltanschaulich wie auch in der Wissenschaft



verankerten streng ausgerichteten orthodoxen Denke über Jahrzehnte nicht sehr attraktiv, weitere Studien über Vererbungslehre und Populations-Genetik durchzuführen, wenn sie die Erforschung der Unterschiede zwischen den Menschen zum Ziel hatte – man war damit nämlich auch als völlig unverdächtig Wissenschaftler sofort auf sehr dünnem Eis. Die Forschungen erfolgten daher eher im stillen Kämmerlein.

### **Politische Korrektheit schadet**

Wie wir heute hinlänglich wissen, entsteht aus jeder noch so gut gemeinten politischen Korrektheit auch ein massiv negativer Effekt: Die im Namen der Humanität und der Gleichheit der Menschen propagierte ideologische Überlagerung der Wissenschaft ist kein guter Nährboden für dieselbe. In der Biologie und in der Medizin reicht(e) der starke Arm der politischen Korrektheit bis in die Labors der Genetiker.

Und doch – die Wissenschaft bleibt nicht stehen. Die rasant immer besser und ausgefeilter werdenden gentechnischen Methoden, die Entschlüsselung des menschlichen Genoms und der Vormarsch der Genforschung in der Medizin bildeten mächtige Triebfedern für die moderne Genetik. In der Medizin ist schon länger klar, dass in der Erforschung der Gene und ihrer Codes die Zukunft der Heilkunde liegen wird. Für bessere und maßgeschneiderte Therapien braucht die Medizin daher so viele genetische Daten wie möglich und logischerweise müssen wir auch wissen, ob es beim Einzelnen bzw. bei und zwischen den Geschlechtern, Ethnien und Bevölkerungsgruppen genetisch bedingte Unterschiede bei Krankheitsrisiken oder bei der jeweiligen Symptomatik gibt und insbesondere müssen wir erforschen, ob und wie genetisch verursachte unterschiedliche Wirkungen von Medikamenten vorkommen und was mit den Patienten dann geschieht.

### **Frauenmedizin als Vorreiter**

Die Frauen haben das schon früh erkannt: Es gibt längst eine

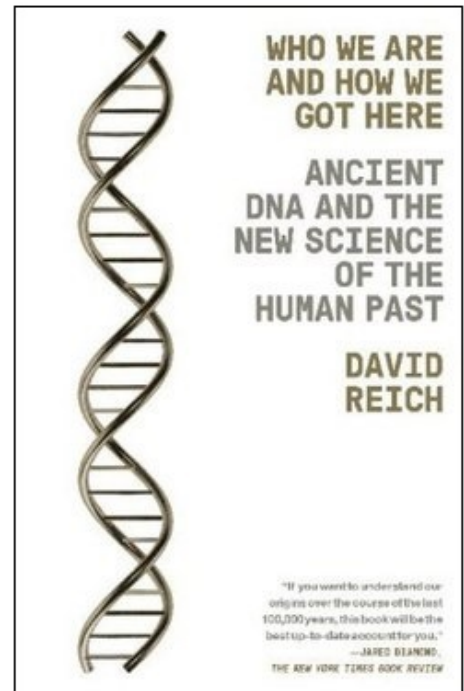
spezifische Frauenmedizin, weil Frauen eben genetisch anders ausgestattet sind als Männer und bei etlichen Krankheiten andere Symptome zeigen und weil sie andere Krankheiten entwickeln als Männer und weil sie auch definitiv anders auf gewisse Medikamente ansprechen. Aus dem genetisch bedingten Unterschied der Geschlechter, den die Gleichheits-Ideologen ständig und überall einebnen wollen, ist erst die Erkenntnis erwachsen, dass Frauen eine andere Medizin als die Männer benötigen.

Hätte man dem allseits propagierten Gleichheitsideal gefrönt und wären die Frauen nicht so intelligent gewesen, in der Medizin zu Recht auf dem Unterschied zwischen Mann und Frau zu beharren, hätte dies fatale Folgen für die Frauengesundheit gehabt. Der Unterschied ist z.B. gerade bei lebensbedrohlichen Herzerkrankungen ganz eklatant und es gibt mittlerweile für Männer und Frauen unterschiedliche Leitlinien bei bestimmten Behandlungen – so etwa beim Herzinfarkt.

### **Andere Ethnie, andere Therapie**

Ähnliches gilt für den Unterschied zwischen den Populationen. Ein Durchbruch bei der Feststellung der ganz offensichtlich ethnisch bzw. genetisch bedingten Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelang vor einiger Zeit in den USA: Dort wurde im Rahmen von Blutdruckstudien festgestellt, dass Afroamerikaner auf eine sehr häufig verordnete Medikamentengruppe namens ACE-Hemmer deutlich schlechter ansprechen als Weiße. Das führte dazu, dass in den USA eine epochale Neuerung passierte. Die bekannt strenge amerikanische Arzneimittelbehörde FDA genehmigte nämlich daraufhin die Zulassung eines speziellen Blutdruckmedikaments, das ausschließlich für Schwarze auf den Markt gebracht werden durfte. Ob der eingangs erwähnte egalitär denkende Genetiker Lewontin dazu einen Kommentar abgegeben hat, ist nicht bekannt.

### **Neues Denken ist gefragt**



## **PI - NEWS - Buchempfehlung!**

Ein anderer Harvard-Professor hat sich dafür in die Höhle der politisch korrekten Löwen gewagt und vor kurzem zwar sehr vorsichtig, aber doch die bisherige orthodoxe und egalitäre biologische Lehre Lewontin'scher Prägung in Frage gestellt: David Reich, Spezialist für historische DNA-Forschung, vertritt die Ansicht, dass wir aufgrund des heute vorliegenden Datenmaterials und angesichts des Wissens über die DNA und ihrer populationsbezogenen Unterschiede einen beachtlichen Teil der seit fünf Jahrzehnten geltenden gleichmacherischen biologischen Sichtweise revidieren müssen.

Der Harvard-Forscher Reich hat die auf umfangreichen wissenschaftlichen Daten seines Instituts beruhende Erkenntnis gewonnen, dass (je nach Ethnie und Geografie) bei den verschiedenen Populationen sehr wohl divergierende und wirkmächtige genetische Faktoren existieren, die möglicherweise nicht nur gesundheitsbezogene Effekte, sondern auch kulturhistorische Entwicklungen erklären könnten. David Reich hat seine Resultate in einem auch für Laien gut lesbaren und empfehlenswerten Buch zusammengefasst und 2018 unter dem

Titel [„Who we are and how we got here“](#) publiziert.

Professor Reich hat dafür erwartungsgemäß zunächst einmal einen Shitstorm orkanartigen Ausmaßes über sich ergehen lassen müssen. Dutzende amerikanische Genetiker, Gender-Forscher, Juristen, Mediziner, Soziologen und Anthropologen sind über den Mann hergefallen, um ihn zurechtzuweisen und ihm zu erklären, dass er gefälligst politisch korrekte Wissenschaft zu machen habe. Anders gesagt: Reich wurde von wissenschaftlich tätigen Leuten, die ihre Ideologie über ihre Wissenschaft stellen(!), allen Ernstes dafür kritisiert, nachweisbare Fakten publiziert zu haben. Der vielsagende Titel des offenen Briefes der politkorrekten Kritiker lautete [„How not to talk about ‚Race‘ and Genetics“](#) (veröffentlicht in der New York Times).

## **Zweifellos heikel**

Man kann natürlich der Ansicht sein, dass diese Art der Gen-Forschung gefährliches Terrain ist, aus dem sich für den Rassismus neue Argumente gewinnen lassen. Und diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Auf der anderen Seite wäre es ein Skandalon riesigen Ausmaßes, das medizinische Potenzial, das aus diesen neuen genetischen Daten herauszuholen ist, nicht zu heben. Und, notabene, wir stehen hier erst am Beginn einer neuen Forschungsrichtung.

Aus gesellschaftspolitischer und ethischer Sicht führt kein Weg daran vorbei: Wir werden einen neuen Umgang mit den nachweislichen Unterschieden zwischen den Menschen und den Ethnien finden müssen, ohne in alte und gefährliche Denkmuster zu verfallen. Dafür ist es zunächst notwendig, die offensichtlich Wissenschaft und Fortschritt behindernden ideologischen Scheuklappen des Gleichheits-Dogmas abzuwerfen und sich der normativen Kraft des Faktischen zu stellen.

---

(Dr. Marcus Franz ist praktizierender Internist in Wien und schreibt auf dem Blog [thedailyfranz.at](http://thedailyfranz.at))

---



## Video: Was kann ich tun für mein Vaterland?

*“Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt.”* Zugegeben, dieses Zitat von John F. Kennedy musste schon für viele Ansprachen ans Volk herhalten. Auch bei den größten Heuchlern und Pharisäern, die sich insgeheim jeden Tag fragen, was dieser Staat, den sie sich zur Beute gemacht haben, denn bitteschön noch alles für Vergünstigungen für sie bereit halten könnte ...

Die Youtuber [Lisa Licentia](#) und [Roger Beckamp](#), seines Zeichens auch schlitzohriger AfD-Abgeordneter im NRW-Landtag, haben dieses Motiv nun in einem knapp sechsminütigen Video aufgegriffen und ihre ganz eigenen Antworten darauf gegeben:

*“Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Das Video zu entscheidenden Begriffen unserer Zeit (Einwanderung, Sozialstaat, Zugehörigkeit), wie Lisa & Roger sie sehen und die Frage, worum es im Kern bei all dem geht.”*

Roger Beckamp ist bereits seit längerem für seine heuteshow-

mäßigen Reportagen über [grenzdebile Antifanten](#) und testosterongesteuerte [Erdogan-Jünger](#) bekannt. Einige seiner Videos haben inzwischen für eine halbe Million Aufrufe und mindestens doppelt so viele Schenkelklopfer gesorgt.

Sein Konterpart in diesem klischeesprengenden Clip ist die noch relativ neue, aber nicht weniger sympathische Youtuberin Lisa Licentia. Frische Gesichter braucht das Land, gerade auch die patriotische Bewegung!

---



## **Donauwörth: Nigerianischer Asylbewerber bereichert Autobesitzer**

Von EUGEN PRINZ | Einer [Studie aus dem Jahr 2018](#) zufolge sieht die Mehrheit der Deutschen die Flüchtlinge als Bereicherung. Über die Glaubwürdigkeit dieses Machwerks soll jetzt nicht spekuliert werden, ebenso wenig wie über den IQ von Katrin Göring-Eckardt, die weiland frohlockte: „Unser Land wird sich ändern und zwar drastisch“. Stimmt. Beides erleben wir tagtäglich und neuerdings auch in den Schwimmbädern. In spätestens ein bis zwei Jahren wird dort Sicherheitspersonal ebenso zum Alltag gehören wie der Bademeister.

Auch einige Donauwörther erlebten am späten Mittwoch-Morgen, wie sich unser ach so schönes Deutschland ändert, als sie vom

Fenster aus zusehen mussten, wie ein westafrikanischer Asylbewerber mit einem dicken Knüppel auf ihre dort [geparkten Fahrzeuge eindrosch](#).

Damit stellt sich die Frage, wie lange die Bürger ihre Autos noch auf der Straße stehen lassen können, wenn das Beispiel Schule macht, dass Neubürger ihre schlechte Laune oder psychischen Befindlichkeiten an den PKWs ihrer Wohltäter auslassen. Wie wir alle wissen, haben nicht wenige der Zugewanderten mentale Probleme, die dann die indigene Bevölkerung ausbaden muss.

### **Auf den Kühlerhauben herumgeturnt**

Was war vorgefallen? Am Mittwoch gegen 8:50 Uhr hatte das Sicherheitspersonal des Ankerzentrums in Donauwörth die Polizei verständigt, dass ein Mann in der Unterkunft vor einem Gebäude randaliert. [Ein von Anwohnern gefertigtes Video zeigt](#), wie ein 19-jähriger nigerianischer Flüchtling von Auto zu Auto spaziert – teilweise auf der Motorhaube – und wahllos die Front- und Heckscheiben der Fahrzeuge einschlägt. In diesem Video-Zuschnitt sind die Zeitungsmeldungen und der Polizeibericht vom Mittwoch eingefügt:

Beamte der Polizeiinspektion Donauwörth machten den Treiben ein Ende und nahmen den Randalierer fest. Den entstandenen Schaden schätzt die Polizei auf rund 50.000 Euro. Ersten Kenntnissen zufolge ist der Nigerianer nicht in Donauwörth untergebracht, sondern stammt aus einer Unterkunft im Landkreis Augsburg.



### **PI-NEWS-Buchempfehlung!**

Der Grund für sein Verhalten konnte noch nicht ermittelt werden, da er bei der Festnahme nur wirre und zusammenhanglose Angaben machte.

Sie ahnen schon, was als nächstes kommt: Richtig, jetzt ist er im Bezirkskrankenhaus und wird auf seinen Geisteszustand untersucht. Bleibt er dort, fallen monatliche Kosten von knapp 10.000 Euro für die stationäre Behandlung an. Der Steuerzahler bezahlt und der Rentner sammelt weiter Pfandflaschen aus den Mülleimern.

### **Wer zahlt den Schaden?**

Es stellt sich nun die Frage, wer für den Schaden aufkommt, denn bei dem Nigerianer ist ganz gewiss nichts zu holen. Jene Fahrzeughalter, die eine Teilkasko-Versicherung haben, können sich glücklich schätzen. Die anderen bleiben auf den Kosten sitzen. Der Schaden fällt dann unter die Rubrik „Lebensrisiken im geänderten Deutschland“.

---





Eugen Prinz  
im Mai 2019  
auf dem  
Kongress der  
Neuen Medien  
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).